

türkei infodienst

Nr. 59

ERSCHEINT 14-TAGIG

05.07.1983

Überblick

Aufgrund der großen Fülle von Nachrichten ist es uns wieder nicht möglich, die Entwicklungen bei der Parteibildung in der Türkei anhand von einzelnen Zeitungsmeldungen wiederzugeben. Wir haben daher erneut eine Form gewählt, die von dem üblichen Schema des 'Infodienstes' abweicht. Wir vermitteln unter den Überschriften 'Überblick' und 'Parteien' jeweils die wichtigsten Ereignisse, indem wir nach jeder Meldung auf die Quelle in Klammern hinweisen. Sollten dennoch hier und da eigene Kommentare notwendig sein, so machen wir diese wie üblich, gesondert kenntlich, tid.

Nachdem die 'Partei der Großen Türkei' verboten und durch das Dekret Nr. 79 weitere Kreise aus der Beteiligung bei der Herausbildung von Parteien ausgeschlossen waren, gab es auf der Rechten Initiativen in zwei verschiedene Richtungen:

- a) der Versuch, eine neue Partei aufzubauen (um die Lücke zu schließen,
- b) die Parteien auf der Rechten zu einigen.

Für den zweiten Versuch stand eine lange Zeit der Name des Vorsitzenden der Kammern der Türkei, Mehmet Yazar, im Mittelpunkt. Er hatte in der Zwischenzeit eine Reihe von Gesprächen geführt, von Sunalp, über den Ministerpräsidenten Uluşu bis hin zu dem aus der Beratenden Versammlung zurückgetretenen Vorsitzenden der Verfassungskommission, Prof. Orhan Aldikacti. Der Letztere veranstaltete eine Sitzung mit 45 Mitgliedern der Beratenden Versammlung, aber da ihm 'von oben' beordert wurde, daß er noch eine Weile warten solle, konnte man seinen Namen in der nächsten Zeit nicht mehr in der Presse lesen. Bülent Uluşu, um den es lange Zeit Spekulationen gegeben hatte, verkündete später, daß er in keiner Partei die Führung übernehmen und auch keiner Partei Versprechungen gegeben habe (Presse am 12.06.83), so daß es danach auch um ihn ruhiger wurde.

Nachdem der ehemalige Kommandant der Marine, Hilmi Firat, sich zum zweiten Mal mit Staatspräsident Kenan Evren getroffen hatte, wurde erklärt, daß auch Mehmet Yazar von der Gründung einer Partei Abstand genommen habe. Von einer Versammlung mit den Gründungsmitgliedern am 21.06.83 erschien in der Presse eine Mitteilung, daß er kein grünes Licht bekommen habe (Tercüman, 24.06.83, Kommentar von Yavuz Donat). In der offiziellen Stellungnahme ließ Yazar verlauten, daß er nicht daran glaube, daß es nützlich sei, sich heute politisch zu betätigen (Cumhuriyet, 28.06.83). Damit waren sowohl die Versuche einer Neugründung als auch einer vereinigenden Initiative gestoppt worden.

Parteien

Darüber hinaus gab es auf der Rechten weitere Versuche von Parteibildungen. Als eine der ersten Parteien wurde dabei unter dem Vorsitz von B. Vefa Karatay die 'Partei der großen Aufgabe' (YGP) gegründet (8.6.83). Als Programm ließ die Partei verlauten, daß sie Kemalisten seien und daß sie den Kemalismus als Regime verstehen.

Unter den 71 Gründern befanden sich folgende Gruppen:

Armeeangehörige	9
Bürokraten	17
Ex-Parlamentarier	2
Gewerkschafter	1
Arbeitgeber/Bauern	18
Freiberufliche	9
Erzieher	2
Selbständige	9

Zunächst aber trat dann der Vorsitzende der Partei mit der Begründung zurück, daß er durch den Vorsitz der 'Kemalistischen Initiativunion' schon ausgefüllt sei (Cumhuriyet, 25.06.83), und dann erfolgte ein Veto gegen 62 der 71 Gründungsmitglieder durch den Nationalen Sicherheitsrat (Hürriyet vom 26.06.83). Als dann auch noch die übrigen Gründungsmitglieder zurücktraten (bis auf eines) und die Partei keine Ersatzkandidaten in 5 Tagen benennen konnte, da wurde eine Untersuchung über das Verbot dieser Partei durch den obersten Staatsanwalt der Republik angeordnet (Cumhuriyet, 28.06.1983).

Die 3. Partei auf der Rechten wurde mit der 'Partei der Neugeburt' am 21.06.83 gegründet. Den Vorsitz hatte Sezai Akdag aus der DP von Menderes inne, bis er unter das Veto des NSR fiel (Tercüman, 25.06.83). Unter den 53 Gründungsmitgliedern befanden sich 6 Ex-Parlamentarier. Aber schon bald nach der Gründung begannen die Streitigkeiten, Parteiaustritte und es wird damit gerechnet, daß sie bald auseinanderfällt. Neben den 6 Personen, gegen die Veto eingelegt wurde, wird erwartet, daß schon bald weitere 18 Personen zurücktreten werden (Cumhuriyet, 26.06.83).

Die 4. Partei auf der Rechten wurde durch Ahmet Nusret Tuna gegründet. Er war Landwirtschaftsminister in der 12. März Periode und nannte seine Partei die 'Partei des Richtigen Weges' (DYP). Die Gründung mit 32 Gründungsmitgliedern erfolgte am 23.06.83 (Cumhuriyet, 24.06.83). Es handelt sich dabei um folgende Berufsgruppen:

Armeeangehörige	1
Ex-Politiker	8
Arbeitgeber/Bauern	3
Bürokraten	9
Freiberufliche	4
Erzieher	2
Gewerkschafter	1
Selbständige	2
Beratende Vers.	2

Zum Programm dieser Partei einen Blick auf die Parolen:

'Der richtige Weg ist der Priester'- 'Der richtige Weg ist der Glaube an die moralischen Werte'- 'Der richtige Weg ist der Weg des Rechtes'. (Cumhuriyet vom 29.06.83).

Allein in den letzten drei Wochen konnte man folgende Namen von Parteien, die noch auf der Rechten gegründet werden sollen, in der Zeitung lesen:

Partei der Flagge
Liberaldemokratische Partei
Partei des nationalen Willens
Freidemokratische Partei
Partei der Nationalen Wirtschaft

MDP

Partei der Nationalistischen Demokratie

Gegenüber diesem Ausmaß an vielen kleinen Parteien, wird die Rede von Staatspräsident Kenan Evren in Giresun wichtig. Dort sagte er, daß sie nicht wollen, daß es viele Parteien gibt. Parteien mit der gleichen Ansicht müßten sich zusammenschließen (Cumhuriyet, 20.06.83). Durch das Parteiengesetz hat der Nationale Sicherheitsrat sich die Möglichkeit eröffnet, auch die Kandidaten für einen Sitz im Parlament zu kontrollieren. (Cumhuriyet vom 12.06.83).

Nach der Rede von Kenan Evren in Giresun äußerte sich der Vorsitzende der MDP, Turgut Sunalp, sofort in der Weise, daß sie die Ansichten des Staatspräsidenten, die er in Giresun geäußert habe, von Herzen teilen (Tercüman, 22.06.83). Turgut Sunalp war überdies der einzige Vertreter auf der Rechten, der nach dem Verbot der BTP nicht von einer Lücke auf der Rechten sprach. Seine Ansicht bestätigte Staatspräsident Kenan Evren bei seiner Rede in Mardin, indem er darauf verwies, daß es immer noch ehrgeizige Leute gebe, die die Warnungen nicht verstünden und daß für sie Trommel und Trompeten (d.h. Prügel) noch zu wenig seien (Cumhuriyet vom 25.6.1983).

Des weiteren wurde in der MDP für 2 Gründungsmitglieder, die unter das Verbot des Dekretes 79 fallen, eine Sondergenehmigung für politische Betätigung erteilt. In dieser Partei gab es drei Vetos (Presse vom 6.8.83). In der Zwischenzeit hat diese Partei der Nationalistischen Demokratie ihre Organisation in 26 Provinzen aufgebaut und steht in 18 Provinzen kurz davor (Hürriyet vom 27.06.83). Die Zahl der Mitglieder aus der Beratenden Versammlung ist auf 52 angestiegen (Hürriyet, 30.06.1983).

HP

Populistische Partei

Die als Oppositionspartei auf der 'Linken' gedachte 'Populistische Partei' (HP) erlebte 7 Vetos gegen ihre Gründungsmitglieder (Presse am 9.6.83). Aber auch für sie war es nicht schwierig, diese zu ersetzen, so daß am 12.6.83 die Partei ihre offizielle Existenz erhielt. Die Auseinandersetzung mit SODEP war zunächst sehr passiv und der Austritt von drei Mitgliedern deutete an, daß eine Orientierung auf diese Partei der 'Sozialdemokraten' erfolgen würde (Presse am 11.06.83). Nach den Vetos gegen diese Partei aber, äußerte sich der Vorsitzende Calp in der Weise, daß es doch grundsätzliche Meinungsunterschiede gebe (Hürriyet vom 28.06.83).

Ana - P.

Vaterlandspartei

Die 'Partei des Vaterlandes' (AnaP) hatte Anfang Juni ihre Organisation schon in 10 Provinzen abgeschlossen. Dann wurde gegen 7 Gründungsmitglieder ein Veto eingelegt (Presse am 9.6.83). Der Vorsitzende Turgut Özal meinte zu den Vorschlägen einer Vereinigung der Rechten, daß er keine Zeit habe, sich auf die Stimmen von außerhalb zu konzentrieren (Presse am 5.6.83). Schließlich meinte er noch, daß aufgrund der Wahlhürde nur zwei Parteien in das Parlament kommen könnten und daß eine der Parteien seine sein werde (Hürriyet, 30.06.83).

SODEP

Partei der sozialen Demokratie

Die 'Partei der Sozialen Demokratie' (SODEP) unter der Leitung des Sohnes des Altpäsidenten İnönü, Erdal İnönü, hatte am 6.6.83 die Gründungsvorbereitungen abgeschlossen und ihre Gründungserklärung dem Innenminister überreicht. Das Parteiprogramm besteht aus

62 Seiten und ist unter den Überschriften:

Freiheit, Gleichheit, Bewertung der gesellschaftlichen Beteiligung durch die Arbeitsleistung, Demokratie, Unabhängigkeit, Produktivität, Volksnähe gegliedert. In den Unterpunkten finden sich Begriffe von früher, wie Laizismus, Staatlichkeit, Nationalismus, Revolutionarismus, und Prinzipien von Atatürk. Die wichtigsten Punkte sind:

- Sicherung der sozialen Gerechtigkeit
- Streik ist ein unverzichtbares Recht
- Wir glauben an die Notwendigkeit der NATO
- Eintritt in die EG
- Mischwirtschaftsform muß erhalten bleiben
- Kein Unterschied zwischen Hand- und Kopfarbeit
- Monopolwirtschaftszweige müssen vom Staat übernommen werden.

Das Veto gegen den Vorsitzenden Erdal İnönü und 20 Gründungsmitglieder warf zunächst die Frage auf, ob die verbliebenen Mitglieder nun die Partei auflösen würden. Dann aber entschied man sich für die Neubenennung von 21 Mitgliedern, deren berufliche Verteilung folgendermaßen vorgenommen werden kann:

Bürokraten	6
Arbeitgeber	3
Gewerkschafter	3
Erzieher	3
Selbstständig	6

Zum neuen Vorsitzenden wurde ein ehemaliger Gouverneur, Cezmi Karatay, gewählt (Hürriyet vom 29.6.1983).

In der Zwischenzeit verlautete, daß auf der sozialdemokratischen Seite zwei weitere Parteien gegründet werden sollen. Für die eine Initiative zeigen 2 Ex-Parlamentarier der CHP, Resit Ülker und Selahattin Baburoğlu, für die andere der Arzt Caglar Kircak verantwortlich.

WEITERE MELDUNGEN

zum Thema 'Demokratisierung' (Innenpolitik)

Unter den Personen, die unter das Verbot der politischen Betätigung fallen, sind 1723 ehemalige Bürgermeister

Es wurde in Erfahrung gebracht, daß unter den Personen, die unter das Verbot des Dekretes Nr. 79 fallen, 1723 ehemalige Bürgermeister sind. Das Innenministerium hatte nach der Veröffentlichung dieses Verbotes bei den Gouverneuren Listen mit Fotos und Lebensläufen jener Personen angefordert, die als Bürgermeister, Provinz-, Kreisvorsitzende und Vorstandsmitglieder der Provinzorganisationen der verbotenen Parteien am 11. September 1980 tätig waren. Die Möglichkeit der Information über ein Verbot ist durch Nachfrage bei den Wahlausschüssen gegeben. (Cumhuriyet, 17.06.83)

Ulus: Bis heute wurden 550 Gesetzesentwürfe rechtskräftig

In einem Interview, das der Ministerpräsident Bülend Ulusu dem Reporter der THA-Agentur gab, erklärte er, daß bis heute an die 700 Gesetzesentwürfe eingebracht worden seien, von denen 550 verabschiedet wurden. Bis zu den Wahlen sollen noch die Landreform, Gesetze zu Staatsaufträgen, Verstaatlichung, dem staatlichen Funk und Fernsehen verabschiedet werden. (Cumhuriyet vom 18.06.83)

Evren hat das Amt des Generalstabschefs abgegeben

In der gestrigen Ausgabe des Amtsblattes wurden die Änderungen in den Ämtern der Streitkräfte bekanntgegeben. Diese Beschlüsse sind zum ersten Mal von Kenan

Evren als Staatspräsident und als Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates unterschrieben. An die Stelle des vom Amt des Generalstabschefs zurückgetretenen, in freiwillige Pension gehenden Orgeneral Kenan Evren tritt der Kommandant des Heeres, Orgeneral Nurettin Ersin. Die Kommandantur des Heeres übernimmt der bisherige Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates, Orgeneral Necdet Urüg. An dessen Stelle als Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates tritt der bisher als Stellvertreter fungierende Orgeneral Necip Torumtay. (Cumhuriyet vom 01.07.1983)

Menschenrechte

a) HINRICHTUNGEN

Seit dem 12.09.1980 wurden in der Türkei 48 Menschen hingerichtet.

b) TODESSTRAFEN

Cumhuriyet vom 28.06.1983

Das PKK-Viransehir Verfahren ging zu Ende

Im Verfahren der illegalen, separatistischen Organisation mit kurzem Namen PKK, die in der Bevölkerung als Apocalar bekannt ist, erging im Falle von 239 Angeklagten aus der Gruppe Urfa-Viransehir das Urteil, wobei in 5 Fällen die Todesstrafe und in 4 Fällen lebenslanglich verhängt wurde. 5 Angeklagte wurden zu Haftstrafen zwischen 20 und 24 Jahren, 114 Angeklagte zu Haftstrafen zwischen 3 und 24 Jahren verurteilt und 112 Personen wurden freigesprochen. Mit dem Tode wurden bestraft: Mahmut Güvenc, Sükrü Göktaş, Aziz Belet, Mehmet Doluk, Mehmet Kaya.

Seit dem 12.09.1980 wurden vor den Gerichten der Türkei 245 Todesurteile ausgesprochen.

c) ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE

17.06.83	11 Linke	in Ankara
17.06.83	1 Linker	in Izmir
24.06.83	1 Unpolit.	in Istanbul
25.06.83	33 Linke	in Istanbul

Seit dem 12.09.1983 wurden vor den Gerichten der Türkei 5.573 Anträge auf Todesstrafe gestellt.

d) PROZESSE

Cumhuriyet vom 18.06.1983

Im TMMOB-Verfahren wurden alle Angeklagten freigesprochen

In einem Verfahren gegen den Vorsitzenden der TMMOB Teoman Öztürk und 15 Funktionäre wegen Kommunismuspropaganda wurden alle Angeklagten freigesprochen. Das Gericht kam zu dem Ergebnis, daß aus den Bandaufzeichnungen bei verschiedenen Kongressen und aus der Akte nicht genügend Beweismittel vorhanden sind, um eine Bestrafung zu rechtfertigen.

Cumhuriyet vom 18.06.1983

Gegen 28 Funktionäre der Gewerkschaft Yapi-Is wurde ein Verfahren eröffnet

Gegen 28 Personen aus dem Vorstand, dem Exekutiv-, Ehrenausschuß und von den Revisoren der Gewerkschaft Devrimci Yapi-Is, die der DISK angeschlossen ist, wurde

ein Prozeß eröffnet, in dem für die Angeklagten Haftstrafen zwischen 6 Jahren, 8 Monaten und 20 Jahren beantragt wird. Der Prozeß findet vor dem Militärgericht Nr. 2 in Istanbul statt.

Cumhuriyet vom 19.06.1983

Die Einfuhr und Verbreitung von 27 Publikationen wurde untersagt

Durch Veröffentlichung im Amtsblatt ist die Einfuhr von 27 Publikationen aus dem Ausland, sowie ihr Vertrieb in der Türkei vom Kabinett untersagt worden. Unter den verbotenen Publikationen befindet sich auch die Zeitschrift Inprecor aus Frankreich.

Hürriyet vom 19.06.1983

Das DISK-Verfahren wurde durch ein Mitglied des Europaparlamentes beobachtet

Das Verfahren gegen DISK ging gestern vor dem Militärgericht Nr. 2 in Istanbul weiter. Fehmi Isiklar bekam Gelegenheit, die Beweismittel zu beantworten. Während der Verhandlung war der sozialdemokratische Parlamentarier aus Westdeutschland und Mitglied des Europaparlamentes, Ludwig Fellermaier, anwesend.

Cumhuriyet vom 21.06.1983

Das Fatsa Dev-Yol Verfahren

In der Verhandlung am 28. Juni im Fatsa Dev-Yol Verfahren wird mit der Untersuchung der Vorfälle begonnen. Da die Angeklagten es abgelehnt hatten, auf die Beschuldigungen zu antworten, wurde die Befragung der Angeklagten durch Verlesen der entsprechenden Absätze in der Anklageschrift abgeschlossen. In der Verhandlung am 28.6. wird beschlossen, welche Zeugen zu den Vorfällen gehört und geladen werden sollen. Es wird erwartet, daß mit der Zeugenvernahme am 5. Juli begonnen wird.

Cumhuriyet vom 22.06.1983

Im TIP-Verfahren werden gegen 135 Personen 5-15 Jahre Haft gefordert

Im Verfahren gegen 144 Angeklagte der Arbeiterpartei der Türkei wurde in dem Plädoyer des Staatsanwaltes für 5 Angeklagte Freispruch, 17 Personen zwischen 8 und 15 Jahren Zuchthaus und für die anderen 118 Angeklagten zwischen 5 und 12 Jahren Zuchthaus gefordert. Die Akten von 4 Angeklagten sollen abgetrennt werden. Das Plädoyer des Staatsanwaltes Cayhan Ülgen, das am 20.6. verlesen wurde, umfaßt 74 Seiten. Hierin heißt es u.a., daß TIP mit Organisationen wie DISK, TÖB-DER, der Friedensvereinigung, Genc Öncü, IGD, IKD, Tım-Der, Dev-Lis und Dev-Genc Kontakte gepflegt habe und daß die Angeklagten den Versuch gemacht haben, mit einer legalen Vereinigung eine marxistisch-leninistische Ordnung aufzubauen.

Cumhuriyet vom 22.06.1983

Gegen Sirmen, Kök und Tarhan wurde ein Verfahren wegen Beleidigung des Staatsanwaltes eröffnet

Vor dem Militärgericht Nr. 1 in Istanbul wurde gegen den Autor in unserer Zeitung, Ali Sirmen, den Anwalt Orhan İzzet Kök und den ehemaligen Vorsitzenden von Köy-Koop und Parlamentarier Nedim Tarhan ein Verfahren nach § 268/1 TSG eröffnet, weil sie während des Verfahrens gegen die Friedensvereinigung den Staatsanwalt beleidigt haben sollen. Dafür sollen sie mit einer

Strafe von 6 Monaten bis zu 3 Jahren bestraft werden. Gegen Nedim Tarhan wird zusätzlich eine Strafe zwischen 10 Monaten und 4 Jahren gefordert, weil er gleichzeitig gegen das Dekret Nr. 70 des NSR verstoßen haben soll.

Cumhuriyet vom 22.06.1983

Anwalt Halit Celenk wurde freigesprochen

Im Verfahren gegen den Anwalt Halit Celenk, der seine Mandanten zum Aufstand angestachelt haben soll, wurde jetzt in Ankara auf Freispruch erkannt. Im gleichen Verfahren waren die Wärter des Gefängnisses wegen Mißbrauch ihres Amtes angeklagt worden. Auch sie wurden freigesprochen.

Tercüman vom 24.06.1983

7 Todesurteile im Verfahren wegen der Vorfälle von Sivas wurden durch das militärische Revisionsgericht aufgehoben

Im Verfahren wegen der Vorfälle von Sivas am 3. und 4. September 1978, bei denen 11 Personen getötet und mehr als 100 Personen verletzt worden waren, entschied das militärische Revisionsgericht jetzt auf Auflösung von 7 Todesurteilen, während das Verfahren im Fall von 2 Todesurteilen durch den Tod der Angeklagten aufgehoben wurde. Das Revisionsgericht bestätigte 95 Urteile von 231 Angeklagten. Die Urteile gegen 53 Angeklagten wurden aus verschiedenen Gründen, die von weiteren 74 Angeklagten aus Prinzip aufgelöst.

Hürriyet vom 25.06.1983

Ein Dev-Yol Militanter zum Tode verurteilt

Vor dem Militärgericht in Adana wurden 8 Angeklagte zu verschiedenen Strafen verurteilt. Der Dev-Yol Angehörige Muzaffer Sahin wurde dabei zunächst wegen Mordes an Tefvik Panpal im Jahre 1978 und anderer Taten zum Tode verurteilt, dieses Urteil wurde aber in lebenslänglich verwandelt. Die übrigen Angeklagten erhielten Strafen zwischen 6 und 36 Jahren (aus Cumhuriyet geht hervor, daß es sich bei diesen Angeklagten um Angehörige der Organisation Acilciler handelt, das Todesurteil gegen Muzaffer Sahin wurde wegen Geständigkeit in lebenslänglich verwandelt, tid).

Cumhuriyet vom 25.06.1983

Ein neues Dev-Sol Verfahren mit 61 Todesstrafen begann

Gegen 254 Angeklagte wurde in Istanbul wegen Zugehörigkeit zur Organisation THKP/C Devrimci Sol und Aktivitäten für diese Organisation ein Verfahren eröffnet. Gegen 61 Angeklagte wird die Todesstrafe gefordert. In diesem Dev-Sol Verfahren 4 werden gegen 29 Angeklagte zum zweiten Mal Todesstrafen gefordert. Zusammen mit diesem Verfahren ist die Zahl der Angeklagten von Dev-Sol in Istanbul auf 1023, die Zahl der geforderten Todesstrafen auf 263 angestiegen.

Cumhuriyet vom 22.06.1983

Das EMAS Verfahren wurde mit dem DISK-Verfahren zusammengelegt

Das Verfahren gegen die Druckerei EMAS in Ankara wegen des Druckes von Publikationen von illegalen Organisationen wurde mit dem DISK-Verfahren in Istanbul zusammengelegt. In dem EMAS-Verfahren von Ankara

waren sowohl Adbullah Bastürk, der Schriftsteller İlhami Soysal und weitere 5 Personen angeklagt.

Cumhuriyet vom 28.06.1983

Muzaffer Erdost vor Gericht

Der Prozeß gegen den Verleger Muzaffer Erdost wegen einer Äußerung nach dem Tode seines Bruders İlhan Erdost im Gefängnis Mamak ging in Ankara weiter. Das Gericht beschloß die Aufzeichnungen des Fernsehens aufschlüsseln zu lassen und vertagte die Verhandlung daher auf den 29. August.

Cumhuriyet vom 29.06.1983

Aziz Nesin wurde freigesprochen

Wegen des Vorwurfes, in seinem Buch 'Az Gittik, Uz Gittik' Kommunismuspropaganda betrieben zu haben war der Schriftsteller Aziz Nesin angeklagt worden. Dieser Prozeß ging jetzt in Istanbul zu Ende. Die 5. Strafkammer sprach Aziz Nesin frei, nachdem auch der Staatsanwalt für Freispruch plädiert hatte. In seinem Plädoyer meinte er, daß der Begriff Sozialismus in dem Buch nicht mit Kommunismus gleichzusetzen sei. Der Angeklagte hatte noch darauf verwiesen, daß er durch diesen Prozeß schon genug bestraft sei, denn auf der einen Seite sei durch den Einzug des Buches ein Verlust von 1,5 Millionen Lira entstanden, auf der anderen Seite habe der anstehende Prozeß ihn an einer Behandlung im Ausland und einer Gastreise gehindert. Neben dem Freispruch in dem Verfahren, mit geforderten 5 Jahren Haftstrafe wurde durch das Gericht auch die Rückgabe des Buches angeordnet.

Cumhuriyet vom 29.06.1983

Verurteilt

Weil er am 22. Juli 1979 Flugblätter mit der Überschrift Devrimci Yol verteilt hatte, in dem die Bevölkerung zur Unterstützung der Gefangenen in Mamak aufgefordert wurde, wurde Tonguc Baykurt zu einer Haftstrafe von 4 Monaten verurteilt (der Angeklagte ist der Sohn des in der Bundesrepublik lebenden Schriftstellers Fakir Baykurt, tid).

Cumhuriyet vom 01.07.1983

Im Verfahren gegen die Friedensvereinigung forderte der Militärstaatsanwalt zwischen 8 und 15 Jahren Haft

In seinem 151 Seiten umfassenden Plädoyer forderte der Militärstaatsanwalt Mustafa Gül in dem Verfahren gegen die Friedensvereinigung vor dem Militärgericht Nr. 2 in Istanbul gegen 28 Leiter Haftstrafen zwischen 8 und 15 Jahren. Er beantragte gleichzeitig die Verfahren gegen 2 Angeklagte, die noch flüchtig sind, abzutrennen. An der Verhandlung nahmen außer dem in einem anderen Verfahren angeklagten Nurettin Yilmaz alle 28 Angeklagten teil. In der Anklageschrift wurde vorgebracht, daß es erwiesen sei, daß die Angeklagten gemeinsam mit Organisationen wie TIP, TSIP, IGD, IKD, TÖTÖD, TÖB-DER, TÖM-DER, PİM und DISK handelnd eine Propaganda für einen Kommunismus sowjetischer Prägung betrieben haben und versucht haben, die verfassungsmäßige Ordnung zu stürzen und an seine Stelle eine marxistisch-leninistische Ordnung zu errichten. Unter Anwendung der §§ 141/1, 173/3, 31 und 33 forderte er eine Strafbemessung zwischen 8 und 15 Jahren. Für die Angeklagten war anfänglich eine Haftstrafe zwischen 8 und 30 Jahren gefordert worden. Der Staatsanwalt vertrat außerdem die Ansicht, daß bei den Angeklagten Orhan Apaydin und Erdal Atabek, die zusätzlich noch wegen § 142/1 angeklagt waren, inzwischen

weitere Verfahren gegen deren Einrichtungen (Anwaltskammer Istanbul und Ärztekammer) anhängig seien und daher diese Anklage abgetrennt werden sollte. Schließlich forderte er noch die Schließung der Vereinigung. Das Verfahren wurde für die Verteidigung der Angeklagten auf den 18. Juli, 10 Uhr vertagt.

e) VERHAFTUNGEN

In Adana wurden 5 Angehörige der THKP/C Kurtulus gefaßt, die bei ihrer Befragung zugaben, für die Organisation aktiv gewesen zu sein. (Cumhuriyet, 17.06.83)

In Izmir wurden 5 Personen gefaßt, die gesucht wurden. Eine von ihnen war eine Frau, die zu 3 Jahren verurteilt worden war. (Cumhuriyet, 17.06.83)

In Ankara wurde mit der Operation 'Letzte Rest' 42 Militante der Organisationen Dev-Yol und Kurtulus gefaßt. (Hürriyet, 17.06.83)

2 Personen, die Amerikaner Haschisch verkaufen wollten, wurden in Adana gefaßt. (Cumhuriyet, 28.06.83)

In Mugla wurden vier Dev-Yol Anhänger gefaßt. (Cumhuriyet, 29.06.83)

f) ERSCHIESSUNGEN

Tercüman vom 18.06.1983

Blutiger Überfall im überdeckten Basar

In der Folge eines bewaffneten Bombenüberfalles einer noch nicht identifizierten Person wurden gestern im überdachten Basar von Istanbul 23 Personen, davon 3 schwer verletzt. Der Angreifer starb selber, als eine Bombe in seiner Hand explodierte.

Von den 23 schwer verletzten Personen konnten Yusuf Alper und Murat Alptekin trotz medizinischer Eingriffe nicht gerettet werden. *en. (Am nächsten Tage meldet die gleiche Zeitung, daß sich die armenische Organisation Asala zu dem Überfall bekannt habe).*

g) FOLTER

Cumhuriyet vom 17.06.1983

Plädoyers im İlhan Erdost-Verfahren

In dem Verfahren wegen des Todes des Verlegers İlhan Erdost im Militärgefängnis Mamak vor dem Militärgericht Nr. 1 in Ankara plädierten gestern die Nebenkläger. Sie hatten eine Schrift von 47 Seiten vorbereitet, in der sie ausführten, daß die Angeklagten in Tötungsabsicht gehandelt haben. Dafür sollen die Angeklagten zu verschiedenen Haftstrafen verurteilt werden. Das Gericht vertagte die Verhandlung, damit der Militärstaatsanwalt sein Plädoyer vorbereiten kann.

Cumhuriyet vom 18.06.1983

Folterverfahren

Vor dem Militärgericht Nr. 1 in Ankara hat ein Verfahren gegen den Kommissar Mehmet Yılmaz und den Polizisten Cevdet Ulucan begonnen. Sie werden beschuldigt, den Angeklagten Gökhan Harmandalioğlu in der vorläufigen Haft gefoltert zu haben. Dafür werden gegen sie nach § 245 TSG zwischen 3 Monaten und 3 Jahren Haft gefordert.

Cumhuriyet vom 24.06.1983

Im Verfahren wegen des Todes von Eksi haben die Angeklagten ihre Aussagen geändert

Im Verfahren wegen des Todes des Angehörigen der illegalen Organisation Halkın Yolu während des Polizeigewahrsams wurde ein Ortstermin durchgeführt. Dieser Ortstermin war durch das Revisionsgericht bei dem Einspruch gegen den Freispruch der Angeklagten angeordnet worden. An dem Ortstermin nahmen 8 der 12 Angeklagten teil. Kenan Avcı, der wegen eines anderen Verfahrens zu 6 Jahren Haft verurteilt ist, wurde zu dem Termin gebracht. Einer der Angeklagten änderte seine Aussage in der Weise, daß das Opfer ihn nicht geboxt, sondern gestoßen habe und daß er ihn erst später auf dem Rücken liegen gesehen habe. Die anderen Angeklagten sagten, daß von ihrem Standpunkt aus, der Vorfall gar nicht gesehen werden konnte.

Wirtschaft

Cumhuriyet vom 20.06.1983

Ist es realistisch die Inflationsrate bei 20% zu halten?

Während der Finanzminister Adnan Baser Kafaoglu und andere Staatsvertreter versprechen, die Inflationsrate im Jahre 1983 bei 20% zu halten, zeigen die Indizes von verschiedenen Institutionen nach 5 Monaten, daß dies nicht sehr wahrscheinlich ist. Die Handelskammer von Istanbul hat z.B. für die gesamte Türkei in den ersten 5 Monaten einen Preisanstieg um 11,5% allein für Istanbul um 13,2% errechnet. Für den Zeitraum Mai 1982 bis Mai 1983 bedeutet das einen Preisanstieg für die Gesamt-türkei um 22,8% und für Istanbul um 26,2%.

Cumhuriyet vom 22.06.1983

Die Lohnerhöhungen werden in diesem Jahr auf 20-22% begrenzt

Die Absichtserklärung des Finanzministers Adnan Baser Kafaoglu vom 18. Mai 1983 wird in den kommenden Tagen durch den Vorstand des IWF untersucht werden. In dieser Erklärung ist verzeichnet, daß auf der einen Seite Details für die Zeit nach dem 6. November (dem Datum der Wahlen) nicht festgelegt werden können. Trotzdem wird die Lohnerhöhung für 1983 mit maximal 20-22% angegeben. Für 1984 wiederum wird ein Preisanstieg um 17% und ein Wirtschaftswachstum von 5,3% angestrebt.

Cumhuriyet vom 27.06.1983

Jeden Monat kommen in der Türkei 28.000 Personen zur Armee der Arbeitslosen hinzu

Nach den Angaben der Sozialversicherungsanstalten und dem staatlichen Statistikamt wurde errechnet, daß jährlich 245.000 Personen neu auf den Arbeitsmarkt kommen und demgegenüber 335.000 Personen mehr arbeitslos werden. Das bedeutet auf den Monat gerechnet eine Zunahme um 28.000 Personen pro Monat. Wie es in der Mitteilung heißt, befinden sich in der Türkei 15,6 Millionen Arbeitende, denen eine Zahl von 3,4 Millionen Arbeitslosen gegenübersteht.

Cumhuriyet vom 30.06.1983

Ein türkischer Arbeiter muß 2 Tage, ein Arbeiter in Europa einen halben Tag arbeiten, um das Einkaufsnetz zu füllen

Nach einer Bewertung der internationalen Organisation der Arbeit (ILO), der 10 entwickelte und Entwicklungsländer zugrunde gelegt wurden, stellte sich heraus, daß ein Arbeiter in der Türkei 2 Tage und ein Arbeiter in Europa einen halben Tag arbeiten muß, um das Einkaufs-

netz zu füllen. Für einen Einkauf wurde folgende Waren zugrunde gelegt: eine Schachtel Waschmittel, 250 gr Wurst oder ein halbes Kilo Gehacktes, ein halber Liter Milch, ein Kilo Reis, eine Schachtel Tee, ein Kilo Zucker, 250 gr Margarine, ein halbes Kilo Schafkäse, 250 gr Butter, ein Kilo Kartoffeln, ein Kilo dicke Bohnen, ein Brot und 12 Eier. Hierfür muß in der Türkei 1.445 Lira bezahlt werden, obwohl ein Arbeiter pro Tag maximal 700-800 Lira verdient. In Kanada wiederum kann ein Arbeiter mit einem Tageslohn 6 Netze füllen, in der Bundesrepublik 3,5, in Japan 3 und in der Sowjetunion 4,5 Netze füllen.

Cumhuriyet vom 16.06.1983

Die Verlangsamung der Deviseneinnahmen von Arbeitern hält an

Die Verlangsamung der Einnahmen aus den Devisen der im Ausland beschäftigten Arbeiter hält mit zunehmender Geschwindigkeit an. Allein im April dieses Jahres waren die Deviseneinnahmen durch die Arbeiter mit 110 Millionen Dollar um 42,5 Millionen Dollar oder 28% geringer als im gleichen Monat des Vorjahres. Ein monatlicher Vergleich der letzten 2 Jahre zeigt diese ständige Abnahme:

	1983	1982
Januar	121,2	149,2
Februar	105,7	130,8
März	129,8	147,3
April	110,0	152,4

Internationale Beziehungen

Terciman vom 17.06.1983

Im Bundestag wurde die "Türkeihilfe" diskutiert

Die Grünen, die unverständliche Aktivitäten entwickeln, um die Türkeihilfe zu stoppen, haben nun das Thema in den Bundestag eingebracht. Sie forderten, daß jegliche Hilfe an die Türkei 'sofort' eingestellt wird. Dieser Wunsch der Grünen, die man mit einer Melone vergleicht, weil sie außen grün und innen rot sind, führte zu harten Diskussionen zwischen der Regierung und der Opposition. Der CSU-Abgeordnete Walter Althammer führte aus, daß die Regierung alle Versprechungen in Bezug auf die Rückkehr zur Demokratie eingehalten habe und daß die wirklichen Demokraten in der Türkei eine Fortsetzung der Hilfe forderten. Der Staatssekretär im Außenministerium, Jürgen Möllemann, von der FDP wehrte sich gegen den Vorwurf, daß Deutschland bei den Menschenrechtsverletzungen mit der Türkei zusammenarbeite. Die ehemalige Regierungspartei SPD hat wie immer ihre zweigesichtige Politik fortgesetzt. Sie hatten einen Antrag auf Fortsetzung der Entwicklungshilfe und auf Einstellung der Sofort- und Militärhilfe gestellt. Die FDP Abgeordnete Hilgegrad (so im Original geschrieben, tid) Hamm-Brücher sagte, daß sie diese Ansicht teilte. Der Bundestag faßte keinen Beschluß und verwies das Thema an die Ausschüsse.

Terciman vom 20.06.1983

Die ARD hat in Istanbul ein Büro eröffnet

Mit einem Cocktail im Sheraton Hotel eröffnete der Chefredakteur der ARD, Wolf Feller, ein Büro der ARD in Istanbul. Dabei äußerte er die Erwartung, daß in Zukunft die Zusammenarbeit zwischen der Türkei und der Bundesrepublik noch besser dokumentiert und unter-

stützt werden könne. Als Leiter der Vertretung wurde der seit langem in Istanbul weilende Peter Mezger eingesetzt.

Terciman vom 21.06.1983

Von Hassel sprach auf einer Informationsveranstaltung zur Türkei

Der CDU-Abgeordnete Kai-Uwe von Hassel, der mit der Erstellung eines Türkei-Berichtes für das Europaparlament beauftragt ist, gab seine dritte Informationskonferenz in Hamburg im Hermann-Ehlers Haus. Er ging in seinen Ausführungen in Einzelheiten auf die Situation vor dem 12. September ein und sagte, daß man diese Lage sehr gut untersuchen müsse, wenn man die Türkei heute kritisierte. Er unterstrich, daß die jetzige Regierung die Versprechungen in Richtung auf Rückkehr zur Demokratie eingehalten habe und man sie nicht mit den lateinamerikanischen Militärregierungen vergleichen könne, da sie in ihrer Praxis immer ein großes Maß von Toleranz bewiesen habe.

Cumhuriyet vom 21.06.1983

Das Manöver im Osten ist beendet, die Einsatzgruppe kehrt zurück

Zum ersten Mal in der Geschichte der NATO wurde ein Kommando tausende Kilometer von der Zentrale entfernt gewechselt. Der Kommandant der mobilen Einsatzgruppe, der englische General Mike Renold, übergab das Kommando an den kanadischen General Andrew Christie. Das Manöver 'Adventure Express 83' wurde beendet. Der Verteidigungsminister Haluk Bayülken und der Generalsekretär der NATO, Joseph Luns, die an dem Manöver teilnahmen, sind aus Erzurum zurückgekehrt. Das Manöver hatte am 28. Mai begonnen und die NATO Kräfte waren in 10 Tagen in die Region befördert worden. Die Rückkehr soll bis zum 26. Juni beendet sein.

Cumhuriyet vom 23.06.1983

Pasin: Die amerikanischen Unternehmer werden Investitionen in der Türkei machen

Der Staatsminister Sermet Refik Pasin erklärte in einem Interview mit der THA, daß in naher Zukunft die amerikanischen Unternehmer im landwirtschaftlichen Bereich industrielle Investitionen machen werden. Nach seiner Rückkehr aus dem Ausland erklärte er, daß insbesondere in den Bereichen Hühnerzucht und Milchwirtschaft eine Einigung darüber erzielt wurde, daß man gemeinsame Einrichtungen gegründet werden.

Cumhuriyet vom 29.06.1983

Dokumentation des Besuches des Ex-Außenministers der USA, Henry Kissinger

Nach seiner Rückkehr aus der Türkei vor 2 Tagen hat der ehemalige Außenminister der USA, Dr. Henry Kissinger eine Reihe von Spekulationen und Kommentaren ausgelöst. Neben unrealistischen Annahmen bleiben nach einer Bilanz folgende Tatsache bestehen:

1. Kissinger kam auf Einladung des türkischen Unternehmers Ahmet Ertügin in die Türkei.
2. Durch seinen Besuch hat Kissinger seine Informationen zur Außen-, Innenpolitik und zur wirtschaftlichen Situation aufgefrischt.
3. Kissinger ist darüber hinaus im Aufsichtsrat einer Firma und kann für diese Informationen gesammelt haben.
4. Schließlich ist er aber auch nicht ganz aus der Politik verbannt, denn er wird seine Eindrücke der Reagan-Administration zur Verfügung stellen.

Neue Zürcher Zeitung, 26./27.6.1983:

Nach der Streichung von Erdal İnönü aus der Parteiliste

Die 'kontrollierte' Parteibildung in der Türkei

Schwächung der Sozialdemokraten

Von unserem Korrespondenten

A. H. Nikosia, 24. Juni

Die Streichung von Erdal İnönü und von anderen Gründungsmitgliedern aus den Listen der sozialdemokratischen Partei zeigt deutlicher als alle bisherigen Massnahmen, dass die regierenden Generäle des türkischen nationalen Sicherheitsrates die Absicht haben, ein Parteiensystem nach ihren eigenen politischen Vorstellungen zu schaffen. Ihnen schwebt offenbar eine «zahme» Rechtspartei und eine ebensolche Linksoption aus von ihnen begünstigten Politikern vor.

Verlorene Gewinnchancen

Der regierende nationale Sicherheitsrat der Türkei hat von seiner sich selbst erteilten *Vollmacht* Gebrauch gemacht, die es ihm erlaubt, Gründungsmitglieder der neu zu organisierenden politischen Parteien aus den Parteilisten zu eliminieren, und somit auch Erdal İnönü, den Hauptbegründer der Sozialistischen Partei, von der Liste seiner Partei zu streichen. Der Rat hat auch die Ausschaltung anderer Parteigründer angeordnet.

Die Sozialdemokratische Partei hätte dank dem Namen ihres Gründers vielleicht die besten Chancen gehabt, die bevorstehenden Wahlen vom 6. November zu gewinnen, nachdem die andere gut etablierte Partei, die rechtsgerichtete Partei der grossen Türkei, am 31. Mai vom nationalen Sicherheitsrat *verboten* worden war.

Offensichtlich hatten die Generäle des Sicherheitsrates kein Interesse an einem Sieg der Sozialdemokraten. Ihre Gunst geniesst vielmehr eine andere Rechtspartei, die sich Nationalistische Demokratiepartei nennt und die von General *Turgut Sunalp* angeführt wird. Als Oppositionspartei dürfte den Machthabern die *Populistische Partei* des eher als Bürokrat denn als Politiker zu beschreibenden *Necdet Calp* vorschweben, welche eine Konkurrenz im Bereich links von der Mitte zu der geplanten Partei İnönüs darstellt.

Gespaltene Linke

Die Generäle haben jedoch die İnönü-Partei nicht wie die Partei der grossen Türkei völlig verboten. Sie begnügten sich damit, sie ihrer zugkräftigen Namen zu berauben. İnönü galt in der Türkei als der einzige Mann, der es *kraft seines Namens* vermöchte, bedeutende Teile der zersplitterten Linken um sich zu vereinigen. Vermutlich begnügte sich der Sicherheitsrat mit dieser Massnahme, weil die Sozialdemokratische Partei für die Machthaber den Vorteil besitzt, die linksgerichteten Politiker der Türkei und vermutlich auch ihre Wählerschaft zu *spalten*. Die Gründung der Sozialdemokratischen

Partei durch Erdal İnönü hatte nämlich bewirkt, dass die ehemaligen Politiker der heute verbotenen Republikanischen Volkspartei, die

zuletzt unter der Führung *Ecevit*s gestanden war, sich in zwei Gruppen spalteten: eine *gemässigte*, die bereit war, mit İnönü zusammenzuarbeiten, um eine sozialdemokratische Partei zu bilden, und eine zweite, *radikalere*, die nach einer Aufhebung des Ausnahmezustandes eine radikal linkssozialistische und scharf antiamerikanisch ausgerichtete Partei gründen wollte.

Diese zweite, radikalere Gruppe, die *Ecevit* die Treue halten will, gedenkt mit ihrem Hervortreten als Partei zu warten, bis die Kritik in der Bevölkerung gegenüber den Generälen und ihrer «rechten» Linie anwächst. Ihre Anhänger werfen den Leuten um Erdal İnönü vor, dass sie aus persönlichem Ehrgeiz handelten — mit dem Ziel, politische Positionen zu erlangen. Sie selbst sehen sie als künftige Opposition und als mehr oder weniger revolutionäre Alternative zum Regime von Präsident *Evren*. Es liegt im Interesse des nationalen Sicherheitsrates, diesen Radikalen der künftigen Opposition das Wasser abzugraben, indem er neben ihnen eine gemässigte Linksguppe *toleriert*. Doch wollte er diese gemässigte Gruppe offenbar nicht so stark werden lassen, dass sie die Wahlen gewinnen kann.

The Economist, 18. Juni 1983:

Vote - and that's an order

Despite the warning two weeks ago from President Kenan Evren that Turkey's general election, scheduled for November 6th, might have to be postponed, preparations for polling day are proceeding with almost military precision. This week a final version of the new electoral law, drafted by the 160-member consultative assembly, has come into force. It bears the unmistakable impress of the ruling generals.

The electoral system is to be one of proportional representation, which arouses no controversy in Turkey. But the law introduces a 10% hurdle, so that any party which gets less than a tenth of the vote will get no seats in parliament. This is a higher threshold than in any other PR system in the world: in West Germany, for example, it is set at 5% of the vote. But the Turkish generals are determined to prevent small parties acquiring excessive influence, as they did in the 1970s, with disastrous consequences.

Other provisions of the law are more controversial. Under a temporary article (which applies only to the coming election), the ruling military council is empowered to veto, and if need be veto, every candidate. The hope is that this

power will be used with prudence, but it is already clear that only moderates will be allowed to stand. The generals have already barred all politicians active before the 1980 military coup from taking part. They have also disbanded the main right-wing group that wanted to fight the election, the Grand Turkey party.

The law introduces for the first time the principle of compulsory voting (as practised in, among other places, Belgium and Australia). The generals thus hope to dissuade the supporters of the Grand Turkey party from boycotting the polls, and to encourage them to vote for another right-wing organisation, the National Democratic party, which enjoys the army's blessing.

The one unresolved issue, however, is the fate of the newly formed Social Democratic party, the left-of-centre organisation headed by Professor Erdal Inonu. The generals have not yet decided whether or not to outlaw this party. Professor Inonu's colleagues include a number of left-wingers whom the army views with deep suspicion. The generals will probably insist that the more militant leftists should be weeded out, but then let the party run without them.

BRD

KOMMENTAR DER TÜRKISCHEN PRESSE ZU DER "RÜCKKEHRPRÄMIE"

Die Rückkehrprämie ist niedrig und begrenzt. Der Entwurf wurde durch den Sprecher des Arbeitsministeriums *Hürriyet* erläutert. Heute findet die Beratung im Kabinett statt. (*Hürriyet* vom 22.06.1983)

Die "Rückkehrförderung" ist eine große Enttäuschung. Arbeitslose erhalten keinen Pfennig Prämie. (*Tercüman* vom 23.06.1983)

Nur der Name ist "Förderung". Unser Arbeitsministerium wird eine Erklärung herausgeben. Es wurde empfohlen, daß die Arbeiter auf die offizielle Stellungnahme warten sollen. (*Tercüman* vom 24.06.1983)

Das Arbeitslosengeld wird von der Prämie abgezogen. (*Hürriyet* vom 24.06.1983)

Jeder kommt in den Genuß der Rückzahlung der Versicherungsprämie. Dafür gibt es eine Frist von einem Jahr für den Antrag. (*Tercüman* vom 24.06.1983)

Die bestehenden Rechte werden sofort ausgezahlt. Der Betrag, der als Prämie bezeichnet wird, ist eigentlich kein Geld, das zusätzlich gegeben wird. Dieses Geld setzt sich aus dem Durchschnitt des Arbeitslosengeldes zusammen, das ein Arbeiter bekommen würde. Wer die Prämie in Anspruch nimmt, kann auf keinen Fall wieder in die Bundesrepublik zurückkehren. (*Hürriyet* vom 24.06.1983)

Die "Rückkehrprämie" wurde von der Türkei als nicht ausreichend angesehen. Am 3. Juli wird der Arbeitsminister von Deutschland in die Türkei kommen und mit den Zuständigen sprechen. Wie es in einer Mitteilung heißt, wurde die vereinbarte Prämie als zu niedrig eingestuft und es soll nach Möglichkeiten gesucht werden, sie anzuheben. (*Cumhuriyet* vom 28.06.1983)

Überschriften zu den Ereignissen in Berlin

Die Radikalen versuchen, die Türken auszunutzen. Die Realität hinter den Vorfällen von Berlin ist: die Linke und Rechte plant verschiedene Spiele. (*Hürriyet* vom 21.06.1983)

Bei den Vorfällen in Berlin haben sich die Türken nicht aufstacheln lassen. (*Tercüman* vom 20.06.1983)

Die Demonstration in Berlin gegen die Türken in Berlin hat zu großen Reaktionen geführt. Während die 'Blinden' marschierten, haben sich die Deutschen geschämt. (*Hürriyet* vom 19.06.1983)

Berlin wurde zu einem Kriegsschauplatz. Die 'Konservative Aktion' warf Tränengasbomben und hat die ganze Stadt durcheinander gebracht. Die deutschen Jugendlichen, die eine Demonstration 'Türken nach Hause' machten bewarfen Läden und kämpften mit der Polizei. (*Tercüman* vom 19.06.1983)

Überschriften zu der Ermordung eines Türken in Dänemark durch die Polizei

Die Angriffe auf Türken nehmen in ganz Europa zu. (*Hürriyet* vom 22.06.1983)

In Dänemark wurden zwei Polizisten festgenommen. (*Tercüman* vom 24.06.1983)

Die Ausländer haben sich gegen den Polizeimord vereinigt. (*Hürriyet* vom 24.06.1983)

Osman Polat wurde beigelegt. Die Polizei in Dänemark hatte ihn zu Tode geprügelt. (*Cumhuriyet* vom 27.06.83)

Wo sind diejenigen, die von Folter in der Türkei sprechen? Dies sind die Opfer der Polizei. Osman Polat hinterläßt 5 Kinder und eine weinende Witwe. (*Hürriyet* vom 23.06.1983)

Tercüman vom 17.06.1983

Ein Türke, der von Interpol gesucht wird, wurde in Deutschland freigelassen

Eine Person namens Hüseyin İnci, der in der Türkei wegen eines Mordverbrechens gesucht wird, wurde in Deutschland freigelassen, nachdem er schon verhaftet worden war. Sein Anwalt hatte mitgeteilt, daß er bei einer Auslieferung an die Türkei wegen politischer Delikte angeklagt, gefoltert werde und daß sein Leben in Gefahr sei. Gegen eine Kaution von 5.000 DM wurde Hüseyin İnci freigelassen. Ihm wurde auferlegt, die Stadt Hamburg nicht zu verlassen. (*Die Zeitung Hürriyet* meldet am 25.06.1983, daß der Terrorist Hüseyin İnci Asyl bekommen habe, nachdem sich Abgeordnete der Grünen und der SPD für ihn eingesetzt haben, tid).



IMPRESSUM

TÜRKEI INFODIENST DER ALTERNATIVEN TÜRKEIHILFE
V.i.S.d.P. und Verleger: Michael Helweg, Postfach 7088, 4900 Herford
Einzelpreis: 1,50 DM

Abonnement: 6 Monate = 20,- DM, 1 Jahr = 40,- DM

Kündigung des Abos: Bei 6 Monaten = 6 Wochen vor Ablauf; Bei 1 Jahr = 3 Monate vor Jahresende

Wird das Abo nicht gekündigt, verlängert es sich automatisch um den vereinbarten Zeitraum

Konten: Michael Helweg, Postscheckamt Hannover, Nr. 3981 01-304, BLZ: 250 100 30

Alternative Turkeihilfe, Kreissparkasse Herford, Nr. 1 000 008 613, BLZ: 494 501 20

Der 'türkei-infodienst' erscheint 14-tägig